

Berliner Morgenpost

http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article1059217/Gruene_Basis_rebelliert_gegen_Kuenast_und_Trit

PARTEIEN

Grüne Basis rebelliert gegen Künast und Trittin

Sonntag, 22. März 2009 01:24

Renate Künast gab sich ungerührt. "Ich habe keinen gehört, der nicht regieren will", kommentierte die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag die heftige "Ampeldebatte" auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen Grünen.

- Rund zwei Stunden lang war am Freitagabend ein Gewitter der Kritik über der Grünen-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl niedergegangen. Der unabgesprochene Vorstoß von Künast und ihrem Co-Spitzenkandidaten Jürgen Trittin für eine Wahlaussage zugunsten eines Ampelbündnisses mit SPD und FDP hat den größten Landesverband der Grünen "bis ins Mark getroffen", wie die Vorsitzende der Düsseldorfer Landtagsfraktion, Sylvia Löhrmann, ihrer Amtskollegin vorhielt.

Der Versuch der Schadensbegrenzung, den Künast in Hagen unternahm, verfiel bei den Delegierten nicht. Als sie in der Stadthalle ans Rednerpult trat, gab es einige ironische Zwischenrufe. Wie schon in einem gemeinsamen Brief mit Trittin an die Landesverbände räumte Künast Fehler ein. Sie müsse selbstkritisch zur Kenntnis nehmen, dass ihre Äußerungen über eine mögliche Zusammenarbeit mit SPD und FDP in der Partei so angekommen seien, "als wollten wir daraus ein Projekt machen". Das sei nicht ihre Absicht gewesen.

FDP INHALTLICH WEIT ENTFERNT

Eine Absage an die Ampeloption, wie von vielen Delegierten gefordert, kam der Spitzengrünen aber nicht über die Lippen. Eine Wahlaussage auf dem Bundesparteitag im Mai halten Künast und Trittin weiterhin für sinnvoll. Ihre Einschätzung, dass die Ampel die "wahrscheinlichste Option" für eine Regierungsbeteiligung der Grünen im Bund sei, wiederholte Künast in Hagen aber nicht.

Das grüne Spitzenduo hat offenbar unterschätzt, wie groß der Widerstand gegen die FDP gerade im größten Grünen-Landesverband ist. "Die FDP ist die Partei, die von uns am weitesten entfernt ist", hielt Katja Dörner, die auf der NRW-Landesliste für die Bundestagswahl einen vorderen Listenplatz hat, der Berliner Fraktionschefin vor. Atom, Gentechnik, Wirtschaftspolitik - nirgendwo gebe es Überschneidungen. Das sei "überragender Konsens".

Die NRW-Liberalen sehen das genauso. "Die Unterschiede zwischen FDP und Grünen sind gravierender denn je", kommentierte der Chef der Düsseldorfer FDP-Landtagsfraktion, Gerhard Papke, die Debatte bei der Konkurrenz. Dennoch "wirft die Bundesspitze der Grünen der FDP jetzt permanent Kusshändchen zu", weil sie keinen anderen Weg in die Regierung sehe. Die Annäherungsversuche vom Trittin und Co. "grenzen schon an Stalking", stichelte Papke.

Die Bundestagsabgeordneten der Grünen aus NRW bemühten sich, in Hagen kein weiteres Öl in die Flammen zu gießen. Keiner von ihnen meldete sich zur Unterstützung der Fraktionschefin zu Wort. Das sei so abgesprochen gewesen, sagte Künast. So wurde immerhin erreicht, dass ein Antrag, der eine Ampel kategorisch ausschließen wollte, zurückgezogen wurde. Die Delegierten lehnten nur eine Festlegung auf irgendeine Koalition ab.

Das wollen die Kritiker des Künast/Trittin-Kurses auf dem Bundesparteitag auch durchsetzen. Der

Gelsenkirchener Delegierte Robert Zion sagte: "Wir gehen mit euch durch dick und dünn, aber nicht durch dick und doof."

<http://www.rheinischer-merkur.de/index.php?id=33411>

Datum: 26.03.2009

GRÜNE / Dämpfer für das Spitzenduo: Einer Koalition mit der FDP im Bund erteilt NRW eine klare Absage

An der Ampel sieht die Parteibasis rot

■ VON MARKUS FELS

Der Blumenstrauß für die Spitzenkandidatin erweist sich als vergiftetes Geschenk. Ausgerechnet in gelb, grün und rot ist das Gebinde gehalten, das NRW-Landeschefin Daniela Schneckenburger an Renate Künast übergibt. Ein Bouquet in den Farben einer Ampelkoalition – es gibt nettere Geschenke in den Reihen der Grünen. „Das sind einfach die Farben, die die Natur vorgegeben hat“, versucht Künast die florale Provokation zu überspielen. Doch ihr ironischer Kommentar hilft nichts. Die 280 Delegierten in der Hagener Stadthalle antworten mit höhnischem Gelächter.

Als Krisenmanagerin in eigener Sache ist die Spitzenkandidatin der Grünen zum Landesparteitag nach Nordrhein-Westfalen gereist, denn im größten Landesverband rumort es gewaltig. Der Unmut reicht von der Parteibasis bis hinauf in den Landesvorstand, vom Realoflügel bis zu den Linken, und er gilt dem Spitzenduo für die Bundestagswahl. Renate Künast und Jürgen Trittin hatten in Interviews Überlegungen kundgetan, wonach eine Ampelkoalition mit SPD und FDP im Herbst die einzig realistische Variante für eine Regierungsbeteiligung der Grünen sei.

Geht es nach den Spitzenkandidaten, stellt dies der Bundesparteitag im Mai fest und segnet eine entsprechende Wahlaussage ab. Das Problem: Die Partei fühlt sich übergangen, weil sie am Meinungsbildungsprozess über die Wahlaussage nicht beteiligt war. Noch schwerer wiegt, dass eine Koalition mit Guido Westerwelles FDP für die meisten Grünen eine Horrorvorstellung ist. In den Freidemokraten sehen viele Grüne den politischen Hauptgegner.

Vergeblich versucht Künast, den Streit zu entschärfen, den sie selbst mitausgelöst hat. Sie plädiert in Hagen dafür, die Debatte wieder „vom Kopf auf die Füße“ zu stellen. Ebenfalls vergeblich hatte sie gemeinsam mit Jürgen Trittin in einem Brief an die Landeschefs Selbstkritik geübt. „Ganz offensichtlich sind unsere Aussagen zu möglichen Koalitionsbildungen so angekommen, als ob wir ein politisches Projekt ausrufen wollten. Das war nicht beabsichtigt.“ Die Delegierten interessieren diese Demutsgesten wenig.

„Keine Ampelkoalition.“ Dieses Signal gehe von NRW aus, hält der Grüne-Landtagsabgeordnete Horst Becker der Spitzenkandidatin entgegen. „Diskutieren heißt nicht, in der Presse irgendetwas vorzugeben und dann einen Brief zu bekommen“, klagt der Sprecher der Grünen Jugend Max Löffler. Landeschef Arndt Klocke, bislang nicht bekannt für einen Konfrontationskurs zur Bundesspitze, setzt noch einen drauf. Er kündigt an, die NRW-Grünen hielten sich offen, auch auf dem Bundesparteitag im Mai gegen Ampelpläne zu stimmen. „Grün pur ist auch eine Wahlaussage“, fordert er.

Künast hört sich das Trommelfeuer unbeteiligt an, plaudert mit dem neben ihr sitzenden Bundestagsabgeordneten Volker Beck und isst ein Sandwich. Ans Rednerpult tritt sie nicht mehr, nachdem ein Dutzend Delegierte ihre Kritik abgeladen haben. Mit überwältigender

Mehrheit verabschieden sie schließlich einen Leitantrag, in dem es heißt: „Wir wollen keine Vorfestlegung auf bestimmte Regierungskonstellationen, sondern verfolgen eine Politik der Eigenständigkeit.“

Das Votum des größten Landesverbands ist eine schwere Schlappe für das Spitzenduo Künast/Trittin und verheißt nichts Gutes für den Bundesparteitag im Mai. Die NRW-Grünen stellen dort fast ein Viertel der Delegierten, und sie gelten als Indikator für die Stimmung in der Gesamtpartei. „Das war auch bei den letzten großen Streitfällen – keine Tornados nach Afghanistan und grüne Grundsicherung – so“, erläutert Arvid Bell, einer der Autoren des Leitantrags auf dem Hagener Parteitag. „Das deutet darauf hin, dass es im Mai keine Mehrheit geben wird für eine Wahlaussage zugunsten einer Ampelkoalition.“

Nach einer Sitzung des Parteirats am Montag hat Bundeschefin Claudia Roth einem Bekenntnis zu einem Ampelbündnis denn auch vorerst eine Absage erteilt. Es gehe darum, die Große Koalition zu beenden, Schwarz-Gelb zu verhindern und eine „realistische Machtoption“ zu benennen. Nur: Wie fassen die Grünen diese Haltung in Worte? Bis zum 20. April, der nächsten Sitzung des Parteirats, soll eine Formulierung gefunden sein. „Die große Kunst wird jetzt sein, im Mai einen Beschluss herbeizuführen, der eine Ampelkoalition nicht ausschließt, aber klarmacht, dass wir ganz auf unsere grünen Inhalte setzen“, sagt Arvid Bell.

Zur grünen Kunst gehört aber auch, die Debatte nicht ausufern zu lassen, meint der Gelsenkirchener Grüne Robert Zion: „Ich sehe die Gefahr, dass die Diskussion über die Ampelkoalition weiterläuft. Dann kommt die Botschaft rüber: Die Grünen beschäftigen sich mit sich selbst und der Macht.“ Zion würde die Ampeldiskussion am liebsten „ausknipsen“ und wünscht sich vom Spitzenduo, dass sie „für die Grünen die Meinungsführerschaft im Mitte-Links-Lager beanspruchen“. Parteiratsmitglied Arvid Bell sieht es ähnlich: „Wir sollten Rot-Rot-Grün nicht kategorisch ausschließen. Die Linkspartei will angeblich Bürgerversicherung, Mindestlohn und Grundsicherung – wie wir“, sagt das Parteiratsmitglied. „Schön, dann soll sie mit uns regieren und das umsetzen“, sagt Bell und gibt ein weitverbreitetes Gefühl bei den Grünen wieder.

Inhaltlich gibt es mehr Schnittmengen der Grünen mit SPD und Linken als mit CDU und FDP. Aber Rot-Rot-Grün hat die SPD ausgeschlossen, sodass den Grünen als Machtoption in der Tat nur eine Ampel bleibt. Der Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour, ein überzeugter Vertreter des Realflügels, plädiert angesichts dessen für Pragmatismus. „Das Argument, die FDP habe ein böses Parteiprogramm und deshalb könne man mit denen nicht regieren, zeugt von fehlendem Selbstbewusstsein.“ Die Parteibasis ist vom Gegenteil überzeugt.

© Rheinischer Merkur Nr. 13, 26.03.2009

 **Artikel kommentieren**
 **PDF-Ansicht**

DER SPIEGEL 14/2009 vom 30.03.2009, Seite 31

Autor: René Pfister

GRÜNE

Respekt und Verachtung

Richtungskämpfe, Sticheleien, Flügelstreit: Die Kampagne der Grünen für die Bundestagswahl droht im Chaos zu versinken, bevor sie richtig begonnen hat.

Claudia Roth weiß, wie man Triumphe auskostet. Es ist Montagmittag, die Grünen-Chefin steht neben Renate Künast und berichtet von der Sitzung des Parteivorstands. Es geht um die Frage, mit wem die Grünen nach der Bundestagswahl regieren wollen. Künast hat dafür gekämpft, dass sich die Partei für ein Bündnis mit der FDP und den Sozialdemokraten ausspricht. Doch diese Möglichkeit hat der Vorstand vorerst abgeschmettert - was Roth nun voller Freude verkündet.

"Wir geben kein Bekenntnis ab zu Ampeln oder anderweitigen Konstellationen", zwitschert sie, während Künasts Miene versteinert. Wie es zu dem Durcheinander kommen konnte, will jemand wissen. "Da gab es ganz sicher Fehler", sagt Roth. Jedem im Raum ist klar, dass sie die Frau neben sich meint. Die Parteichefin lacht. Künast, die Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidatin, verdreht die Augen.

Es läuft nicht rund bei den Grünen. Keine Partei ist so früh in den Bundestagswahlkampf gestartet. Während die Konkurrenz noch in Hinterzimmern an der Strategie feilt, haben die Grünen schon ein 76-seitiges Wahlprogramm präsentiert. Das Kampagnenbüro in einem schicken Berliner Loft ist schon seit Wochen mit Feindbeobachtung beschäftigt. Doch im Moment sieht es so aus, als sei der größte Feind eines Wahlerfolgs die Partei selbst.

Da ist der bizarre Streit über die Frage, mit wem die Partei koalieren will. Eigent-

lich kommt nur die Ampel in Betracht. Eine Koalition mit der Union lehnt die Parteibasis ab, ein Bündnis aus SPD, Grünen und Linken scheitert am SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier, der auf keinen Fall mit Oskar Lafontaine an einem Kabinettstisch Platz nehmen will.

Es war deshalb eine Selbstverständlichkeit, als die beiden grünen Spitzenkandidaten Künast und Jürgen Trittin vor einigen Wochen ankündigten, die Ampel im Wahlprogramm verankern zu wollen. Doch in der kruden Binnenlogik der Grünen darf das Selbstverständliche nicht ausgesprochen werden. Die Parteibasis will sich nicht zu einer Aussage zugunsten des unbeliebten FDP-Chefs Guido Westerwelle durchringen - selbst wenn dabei das Spitzenduo in aller Öffentlichkeit blamiert wird.

Als Künast vor ein paar Tagen auf dem Landesparteitag der Grünen in Nordrhein-Westfalen das Ja zur Ampel erläutern wollte, wurde sie empfangen wie eine Streikbrecherin auf einer Gewerkschaftsdemo. Ständig wurde ihre Rede von Zwischenrufen unterbrochen, der Parteilinke Robert Zion rief: "Wir gehen mit euch durch dick und dünn, aber nicht durch dick und doof." Am Ende lehnten die Delegierten eine Ampelaussage mit großer Mehrheit ab.

Es herrscht eine merkwürdige Lust an der Selbstzerstörung bei den Grünen. Einerseits ist der Partei klar, dass es ohne Trittin und Künast nicht geht. Weit und breit ist niemand erkennbar, der es mit der Erfahrung und Popularität der beiden ehemaligen Bundesminister aufnehmen kann. Andererseits sind die beiden zum Symbol geworden für all die Zumutungen der Regierungsjahre, die wie ein Alp auf dem Parteigewissen lasten: Hartz IV, Kriegsbeteiligung, Sozialabbau.

Die Partei begegnet dem Führungstandem deswegen mit einer kuriosen Mischung aus Respekt und Verachtung: Man braucht sie zwar, mag ihnen aber nicht folgen. Das wurde auf der Sitzung der Bundestagsfraktion am vorigen Dienstag klar, als Hans-Christian Ströbele, so etwas wie der Alterspräsident der Parteifundis, von den Vorzügen eines Linksbündnisses schwärmte. Das wiederum rief Realos wie den Haushaltsexperten Alexander Bonde auf den Plan. "Rot-Rot-Grün ist ein Verliererprojekt", schnaubte er.

Die Lage ist so verfahren, dass der Glaube an eine Regierungsbeteiligung im Herbst langsam schwindet. Es scheint, als denke jeder erst einmal an sich und dann an den Erfolg der Partei. Claudia Roth etwa wehrte sich auch deshalb gegen eine Ampel-Aussage, weil ihr Erfolgsrezept darauf beruht, sich in den Willen der

Parteibasis reinzukuscheln, so absurd der auch sein mag. Sie will auch dann Vorsitzende bleiben, wenn die Grünen im Herbst eine Schlappe einstecken.

Das Spitzenkandidatenduo kann nur hoffen, dass die Partei doch noch zur Besinnung kommt. In internen Runden erzählt Trittin gern, dass nach einer Umfrage 80 Prozent der Grünen-Wähler eine Regierungsbeteiligung wollen, was einen eklatanten Gegensatz darstellt zur fiebrigen Oppositionslust der Basis.

Nach Lage der Dinge aber wollen die Grünen auf ihrem Wahlparteitag Anfang Mai nur erklären, was sie nicht wollen: Schwarz-Gelb und die Fortführung der Großen Koalition. Eine Koalitionsaussage gibt es aller Voraussicht nach nicht.

Das freut die Delegierten. Ob es den Wählern reicht, ist fraglich. Seit Wochen stagnieren die Umfragewerte, während die Zahlen für die FDP durch die Decke gehen. Roth hat trotzdem schon eine Formel für die neue Form der Basisbeglückung gefunden: "Grün pur". RENÉ PFISTER

* Im Februar in Berlin.

DER SPIEGEL 14/2009

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG.

Dieser Artikel ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt. Sie dürfen diesen Artikel jedoch gerne verlinken.

Unter <http://corporate.spiegel.de> finden Sie Angebote für die Nutzung von SPIEGEL-Content zur Informationsversorgung von Firmen, Organisationen, Bibliotheken und Journalisten.

Unter <http://www.spiegelgruppe-nachdrucke.de> können Sie einzelne Artikel für Nachdruck bzw. digitale Publikation lizenzieren.

Neues Deutschland

27.05.2009 / Inland / Seite 5

»Da ist noch Platz für eine«

Die Emanzipatorische Linke will eigene Strömung in der Linkspartei sein

Christoph Spehr ist neben der sächsischen Landtagsabgeordneten Julia Bonk Sprecher der Emanzipatorischen Linken in der Linkspartei. Der Bremer arbeitet seit 2007 bei der Bürgerschaftsfraktion und ist zudem Sprecher des Landesverbands. Mit dem 46-Jährigen sprach Ines Wallrodt.



Foto: Linksnet

ND: Am Wochenende hat sich die Emanzipatorische Linke (Ema.Li) als weitere Strömung in der Linkspartei gegründet. Hat sie nicht schon genug Zusammenschlüsse?

Spehr: Die Strömungen sind überschaubar. Da ist noch Platz für eine.

Wo genau?

Unser Abstand zu den anderen Strömungen ist jeweils ähnlich groß. Es gibt Überschneidungen sowohl mit der Antikapitalistischen Linken (AKL) als auch mit dem Forum Demokratischer Sozialismus (FDS) und auch mit der Sozialistischen Linken (SL). Und es gibt viele Punkte, die nirgends so richtig aufgehoben sind.

Welche?

Ein wichtiges Thema für die Ema.Li ist das Ende der Arbeitsgesellschaft. Was wollen wir, wenn wir nicht den Sozialstaat der 70er, 80er Jahre wiederherstellen wollen? Wir stehen eher für eine individualisierte Perspektive auf Sozialwesen, wie sie sich unter anderem im Grundeinkommen ausdrückt. Wir beziehen uns stärker auf neue soziale Bewegungen und haben auch einen stärkeren feministischen und ökologischen Anspruch als er derzeit in der Partei verankert ist. Uns sind die Diskussionen um Internetfreiheit wichtig und um Entstaatlichung, in einem nicht-neoliberalen Sinne. Nicht alles, was man dem Kapital entreißt, muss gleich der Staat machen.

Klingt nach den Grünen der 80er Jahre.

Es ist sicher kein Zufall, dass es um Robert Zion bei den Grünen eine ähnliche Bewegung gibt.

Noch im November wollte die Emanzipatorische Linke darauf verzichten, »eine eigene machtpolitische Strömung zu bilden«, wie es auf der Homepage heißt. Und selbst in ihrem Gründungspapier wünschen Sie sich eine Partei, in der man nicht zu einer Strömung gehören muss, um Einfluss zu nehmen. Wie passt das zusammen?

Wir sehen die Notwendigkeit, dass man sich organisieren muss, wenn einem Anliegen wichtig sind. Gleichzeitig können Strömungen dazu führen, dass Entscheidungen immer stärker machtpolitisch ausgerichtet werden. Es geht um die Quadratur des Kreises, ja. Unsere Diskussion läuft noch: Was ist eine Strömung der anderen Art? Eine vorläufige Antwort ist, dass man bei uns mitmachen kann, auch wenn man Mitglied einer anderen Strömung ist. Unser Ziel ist es nicht, eine große Strömung zu werden, die alles gegen alle anderen durchsetzt. Das wäre schlecht für uns und für die Partei.

Entscheiden die Strömungen in der LINKEN derzeit vor allem machtpolitisch?

Viele Auseinandersetzungen sind machtpolitisch härter geworden in den letzten zwei Jahren. Die Programmdiskussion liegt sehr lang schon in der Schublade und soll sie augenscheinlich auch nicht verlassen. Die Auseinandersetzung über die Richtung der Partei muss deshalb stark über Listenaufstellungen und Personen und Posten ausgetragen werden. Das ist eine sehr ungünstige Situation.

Bislang war die Ema.Li vor allem ein Netzwerk sächsischer Nachwuchspolitiker. In der politischen Praxis schien sie durchaus den Regierungslinken im FDS nahezustehen. Warum stärken Sie nicht diesen Flügel?

Mit dem FDS gibt es Überschneidungen hinsichtlich einer reformorientierten Politik und einer hohen Gewichtung individueller Freiheiten, vielleicht auch noch in der Staatskritik. Aber es gibt große Unterschiede in den Bewegungen, auf die man sich bezieht. In der Kapitalismuskritik stehen wir der AKL näher. Wir finden es wichtig, eine radikal andere

Systemperspektive aufrecht zu erhalten, aber diese eben auch zu modernisieren.

Ist die Ema.Li außerhalb von Sachsen breiter verankert?

Wir beginnen gerade mit ungefähr 50 Leuten. In Sachsen, Berlin, Bremen dürften sich zügig eigenständige Zusammenhänge bilden, ansonsten gibt es überall Einzelpersonen. Der Altersdurchschnitt ist deutlich niedriger als in der Partei. Auch der Frauenanteil ist besser. Die Ema.Li könnte ein wichtiger Bezugspunkt werden für viele, die erst in den letzten Jahren eingetreten sind.

Die Strömungen

Die Emanzipatorische Linke gibt es seit April 2006. Die PDS-Politikerinnen Caren Lay, Katja Kipping und Julia Bonk meldeten sich damals mit einem Papier namens »Freiheit und Sozialismus – let's make it real« zu Wort. In der LINKEN gibt es bislang drei große Strömungen: die Antikapitalistische Linke, die Sozialistische Linke und das Forum Demokratischer Sozialismus. Die letzten beiden sind anerkannte bundesweite Zusammenschlüsse. Voraussetzung dafür ist laut Satzung, in mindestens acht Landesverbänden entweder mindestens 0,5 Prozent der Mitglieder zu repräsentieren oder auf Landesebene anerkannt zu sein. Unterhalb dessen bringt ein Zusammenschluss Aufmerksamkeit und damit ggf. Einfluss. ND

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/149505.da-ist-noch-platz-fuer-eine.html>

der Freitag

[der Freitag](#) >> [Politik](#) >> [Innenpolitik](#) >> [Von Zombielinken und unverrückbaren Bedingungen](#)

Politik

Crossover | 05.08.2009 09:48 | Tom Strohschneider



Von Zombielinken und unverrückbaren Bedingungen

Reformorientierte Debatten zwischen Sozialdemokraten, Grünen und Linken gab es seit den Neunzigern immer wieder. 2007 fand eine im "Freitag" statt. Ein kurzer Rückblick

Wahlkämpfe sind miserable Zeiten für parteiübergreifende Projekte. Eine Fortsetzung der seit den neunziger Jahren immer mal wieder geführten "Crossover-Debatte" zwischen linken Sozialdemokraten, Grünen und der PDS, später der Linken, ist daher vor dem Herbst kaum zu erwarten. Auf ewig wird die bündnispolitische Selbstblockade aber kaum fortbestehen. Schon nach der Bundestagswahl könnte sich zeigen, dass es lohnt, über gemeinsame Konzepte zu streiten. Nicht etwa, weil eine Reform-Koalition in der Krise um jeden Preis geschmiedet werden sollte. Dazu sind die Zweifel an einem solchen Versuch auf der Basis der gegenwärtigen Politikangebote, historischen Verantwortlichkeiten und handelnden Personen allzu berechtigt.

Aber die Zeiten ändern sich. In der SPD wird das Bedürfnis nach einer Kurskorrektur im Angesicht der Wahlschlappe wachsen – wohl schneller im Falle eines Schritts in die Opposition, eher zögerlicher bei einer Fortsetzung der Großen Koalition. Die Grünen werden sich fragen, in welcher parlamentarischen Konstellation sie ihre (eher linken) politischen Ziele verwirklichen können. Und die Linkspartei wird eine Antwort geben müssen, ob es auf Dauer ihr Projekt sein kann, aus der Opposition heraus Druck auf die anderen Parteien ausüben zu wollen.

Es wird immer mal wieder beklagt, und das zu Recht, dass die Diskussion über reformpolitische Konstellationen zu sehr einem wahrarithmetischen Blick in die Glaskugel gleicht, dass eher Prozedere und Personen diskutiert werden als die Politik, um die es gehen könnte. Das eine lässt sich vom anderen schwerlich trennen. Die in der Vergangenheit unter der Überschrift "Crossover" geführten Diskussionen drehten sich immer auch ein wenig um die Frage, ob man mit dieser oder jenen Partei überhaupt könne. Ralf Krämer, einst SPD-Linker und heute in der Linkspartei, hat es für die heutige Zeit so [formuliert](#): „Das noch Schwierigere gegenüber dem Crossover der neunziger Jahre besteht darin, dass es um einen Wechsel gegenüber einer Politik geht, die von zwei der drei beteiligten Parteien selbst betrieben wurde.“

SPD-Streit als Ausgangspunkt

Eben diese Reibungsfläche war es, die im Sommer 2007 im „alten Freitag“ zu einer der jüngeren Crossover-Debatten geführt hat. Den Anfang hatte Albrecht Müller, ehemals SPD-Bundestagsabgeordneter, eher unfreiwillig [gemacht](#): mit einem Vergleich längerer Ausführungen von Oskar Lafontaine und dem damaligen SPD-Chef Kurt Beck. Das Ergebnis fiel für die Sozialdemokratie nicht gerade gut aus. Der SPD-Linke Benjamin Mikfeld [antwortete](#) kurz darauf und ging mit Müllers und Lafontaines „Retro-Rhetorik“ scharf ins Gericht, was man seinerzeit schon an der Überschrift erahnen konnte: „Die Auferstehung der Zombielinken“. Deren „sozialkonservative“ Kritik an der SPD könne kein fortschrittliches Gegenprojekt zum Neoliberalismus sein – und blockiere zudem die Chance, aus den alten Schützengräben

herauszusteigen. Müllers [Replik](#), der Sommer 2007 ging da schon seinem Höhepunkt entgegen, setzte noch eins drauf: von „pubertärer Aggression gegen die siebziger“ war die Rede, von einem „wirren Text“, ja: Mikfeld lebe „jenseits der Realität“.

So hätte es vermutlich noch eine Weile weitergehen können, freilich mit nachlassendem Erkenntnisgewinn. Die Redaktion des *Freitag* entschied sich damals, das Zwiegespräch auf höheres Niveau zu heben – als Debatte vieler. Noch einmal kam Mikfeld [zu Wort](#), unter anderen mit der Frage „müsste die Linke nicht in der Lage sein, in einer fragmentierten Gesellschaft milieuübergreifend Kritik an den Verhältnissen zu formulieren, nach neuen Solidaritätspotenzialen zu suchen und entsprechende Allianzen zu bilden?“ Auf diesen Punkt [zielte](#) auch *Sozialismus*-Mitherausgeber Joachim Bischoff – mit dem Hinweis, „der Rückzug auf eine defensive Politik der reinen Verteidigung des Sozialstaates wäre unrealistisch“. Es müsse vielmehr um „die Herausbildung einer sozial und ökologisch verträglicheren Lebensweise“ gehen, ein erneuerter Sozialstaat bedürfe „reformierter verteilungspolitischer Grundlagen, neuer Ansätze indirekter Wirtschaftssteuerung und eines demokratischen Aufbruchs“.

Rückkehr zu den Wurzeln

Damit hatte die Diskussion des Jahres 2007 einen Anschluss an die des Jahres 1997 gefunden. Auch damals, im „ersten Crossover“, war es nicht zuletzt um diese Fragen gegangen. Als Antwort wurde seinerzeit ein solidarisch-ökologischer New Deal vorgeschlagen, wurde über öffentliche Beschäftigungsmodelle debattiert und die Demokratisierung der Demokratie angemahnt. Zehn Jahre später [forderten](#) im *Freitag* der SPD-Linke Björn Böhning und der PDS-Politiker Benjamin Hoff eine Rückkehr zu eben jenen Wurzeln – selbstredend unter Beachtung der „veränderten gesellschafts- und parteipolitischen Koordinaten“. *Freitag*-Kollege Michael Jäger nahm in einer [Analyse](#) der Zeitschrift *spw* die SPD-Linken gegen Mikfeld in Schutz. Und Wolfgang Storz, früherer Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau*, [stellte](#) die Gemeinsamkeiten zwischen Mikfeld und Müller heraus, die im bisweilen aufgeregten Tonfall der ersten Beiträge untergegangen waren. Storz schlug damals vor, alle an der Diskussion Beteiligten und Interessierten sollten sich das Thema Bahn-Privatisierung zu eigen machen – um an einem Schlüsselbeispiel der öffentlichen Daseinsvorsorge volkswirtschaftliche Vernunft gegen betriebswirtschaftlichen Unsinn zu stärken, und womöglich sogar zu zeigen, dass man Privatisierungspolitik an einer entscheidenden Stelle stoppen könne.

Eine im weiteren Verlauf der *Freitag*-Debatte von 2007 umstrittene Frage war die, ob sich die SPD zuerst ohne jede Einschränkung von Teilen ihrer Agenda-Politik verabschieden müsse, bevor eine neue übergreifende linke Diskussion, eine Koalitionsfähigkeit der SPD nach links überhaupt möglich sei. „Ja, Hartz IV ist eine Schande, wir haben einen Fehler gemacht, und wir werden ihn korrigieren. Ein SPD-Programm, wo das nicht drinsteht, ist nichts wert. Solange dieser Satz nicht fällt, gibt es kein Crossover“, [schrieb](#) seinerzeit Christoph Spehr von der Linkspartei. Hans Thie, ehemaliger Redakteur des *Freitag*, [forderte](#) die SPD-Linke auf, sich öffentlich und grundsätzlich von Schröders Agenda 2010 zu distanzieren – statt sich weiter bei dieser Frage in Schweigen zu hüllen. Stefan Liebich vom reformorientierten Flügel der Linkspartei [warnte](#) daraufhin, „Einlassdienst zum linken Diskurs“ zu spielen und nannte „Vorbedingungen für einen parteiübergreifenden Dialog“ kontraproduktiv.

Und die Grünen?

Eine Nebenbemerkung Liebichs, nach der ein neuer Anlauf für die Crossover-Debatte „vermutlich weitgehend ohne die Grünen auskommen“ müsse, erschien zwar im Lichte der bisherigen Exponenten nachvollziehbar – blieb aber nicht unwidersprochen. Robert Zion, inzwischen einer der engagiertesten Vertreter des linken Flügels der Grünen, [meldete](#) sich zum Abschluss der Debatte zu Wort und schlug noch einmal den Bogen zu Albrecht Müller: Gerade die neue Generation linker Grüner könne eine Schlüsselrolle in einer Neuauflage des Crossover-Projektes einnehmen – denn

dort werde das diskutiert, „was Albrecht Müller im *Freitag* in altsozialdemokratischer Manier 'soziologisches Kauderwelsch' genannt hat: die Regulationstheorie von Alain Liepitz, Konzepte zum Grundeinkommen, zu öffentlichen Gütern, zur Arbeitsgesellschaft und zu immaterieller Arbeit; diskutiert wird die Suche nach gesellschaftspolitischen Zielen in einer Gesellschaft, die keine mehr hat.“

der Freitag Artikel-URL: <http://www.freitag.de/politik/0932-crossover-debatte-freitag-rueckblick>

Copyright © **der Freitag** Mediengesellschaft mbh & Co. KG

DerWesten - 10.09.2009

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/staedte/gelsenkirchen/2009/9/10/news-132665962/detail.html>

Vor der Wahl

Zion „verlangt“ Debatte über Afghanistan

WAZ Gelsenkirchen, 10.09.2009, Lars-Oliver Christoph

Der Bundestagskandidat der Grünen fordert eine Kandidatendiskussion über die "entscheidende Frage von Krieg und Frieden".

Robert Zion verlangt Podiumsdiskussion zu Afghanistan in Gelsenkirchen" lautet die Überschrift einer Pressemitteilung der Grünen. Wer eine solche Debatte mit allen Gelsenkirchener Bundestagskandidaten denn ausrichten soll, verrät Zion zwar nicht. An seiner Position lässt der Grüne Bundestagskandidat aber keinen Zweifel: Er fordert eine Beendigung des Afghanistan-Krieges und die Abzug der Bundeswehr „bis spätestens Ende 2010“. Die Bürger hätten ein Anrecht darauf, dass in der „entscheidenden Frage von Krieg und Frieden ihr Wort gehört wird und die Positionen der Bewerber für den Bundestag in Gelsenkirchen klar auf den Tisch kommen“.

Mit dem Ruf nach einer „Podiumsdiskussion“ steht Zion bei seinen Konkurrenten isoliert da. FDP-Direktkandidat Marco Buschmann wirft seinem Konkurrenten vor, das Thema zu instrumentalisieren: „Wer glaubt, damit Wahlkampf machen zu können, hat nicht verstanden, wie ernst die Lage ist“, so Buschmann auf WAZ-Anfrage. Ein sofortiger oder rascher Abzug würde noch mehr Menschenleben kosten und die Situation in Afghanistan deutlich verschlimmern. Und: Ein festes Abzugsdatum würde den Taliban in die Hände spielen.

Die Bundestagsabgeordneten Wolfgang Meckelburg (CDU) und Joachim Poß (SPD) teilen diese Auffassung. Er würde sich aber grundsätzlich gegen eine Diskussion nicht sperren, erklärt der Sozialdemokrat - wenn es denn einen neutralen Ausrichter geben würde. Joachim Poß betont aber auch, dass Robert Zion bei den Grünen eine „Einzelposition“ einnehme. Bundestags-Spitzenkandidat Jürgen Trittin sei beispielsweise anderer Ansicht als sein Gelsenkirchener Parteifreund.

Die Linke fordert auf Plakaten den sofortigen Abzug aus Afghanistan, könnte an einer von Zion geforderten Diskussion nicht teilnehmen - hat sie es doch bekanntlich in Gelsenkirchen regelrecht verschlafen, einen Direktkandidaten aufzustellen.

Grüne Eckpunkte für Koalition

Schwieriges Dreiecksverhältnis

VON JOCHEN LORECK

Berlin. Die Grünen wollen dritte Kraft im Land werden, also bei der Bundestagswahl am 27. September besser abschneiden als die FDP und auch die Linkspartei. Dann, so steht es in einem am Donnerstag veröffentlichten "Sofortprogramm", gebe es eine echte Chance, Schwarz-Gelb zu verhindern und "vier Jahre großkoalitionären Stillstand zu beenden".

Mit dem Sofortprogramm wollen die Grünen in eventuelle Koalitionsgespräche gehen. Die 18 Punkte von Mindestlohn über Atomausstieg bis Bildungssoli soll ein kleiner Parteitag am Sonntag beschließen.

Den anderen Parteien halten die Öko-Altmeister vor, sich zwar gelegentlich "ein grünes Mäntelchen umzuhängen", tatsächlich aber keine tragfähigen Konzepte zu vertreten. Noch am freundlichsten urteilen die Grünen in dem Papier über die SPD - aber: "Die SPD ist nur dann eine progressive Kraft, wenn Grüne an ihrer Seite den Takt vorgeben." Ferner warfen die beiden Grünen-Spitzenkandidaten Renate Künast und Jürgen Trittin den Sozialdemokraten vor, sie hätten sich "als Juniorpartner an der Seite der Union eingerichtet".

Erneut schloss die Partei ein Bündnis mit Union und FDP aus. Für eine solche Konstellation stünden die Grünen "als Steigbügelhalter nicht zur Verfügung". Nur indirekt warben die beiden Parteispitzen für eine Ampel-Koalition mit SPD und FDP. Immerhin: Renate Künast sagte, in einer Ampel hätte es die FDP etwas leichter als umgekehrt die Grünen in einer Konstellation mit Union und Liberalen. Trittin räumt ein: Es gebe keine Koalition, in der seine Partei ihre Positionen "eins zu eins" umsetzen können.

Dass die Grünen der FDP von sich aus keine Ampel-Koalition in Aussicht stellen, gilt als taktisch motiviert. Eine bündnispolitische Annäherung zwischen diesen beiden Parteien, die einen Großteil ihrer Wähler in der selben gebildeten, urbanen Klientel finden, stößt vor allem beim linken Flügel der Grünen auf Vorbehalte. Diese Strömung hat deshalb bereits bei der Verabschiedung des Wahlmanifests durchgesetzt, dass ein klares Bekenntnis zur Ampel als Koalitionsmöglichkeit unterblieb.

Aufruf: Raus aus Afghanistan

Unterdessen verbreitete der linke Flügel der Grünen einen Aufruf (<http://www.robert-zion.de/erklaerung-BTW.htm>), der die Parteispitze veranlassen soll, auf einen rascheren Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan hinzuwirken, auch so ein Reizthema für die Basis. Unterzeichnet ist der Aufruf von rund 80 Bundestagskandidaten der Grünen. Darunter sind - wenig überraschend - der Fraktionsvize und Parteilinke Hans-Christian Ströbele sowie der innenpolitische Experte der Grünen-Bundestagsfraktion, Winfried Hermann.

[document info]

Copyright © FR-online.de 2009

Dokument erstellt am 17.09.2009 um 17:38:06 Uhr

Letzte Änderung am 17.09.2009 um 22:09:04 Uhr

Erscheinungsdatum 17.09.2009 | Ausgabe: d

Grünen-Basis drängt zu raschem Abzug aus Afghanistan

80 Bundestagskandidaten lehnen „Kriegsführung der Nato“ ab / Parteispitze warnt vor übereilten Schritten

Von Daniel [Brössler](#)

Berlin – Die Erklärung ist kurz, aber deutlich. „Die gegenwärtige Kriegsführung der Nato in Afghanistan werden wir im Deutschen Bundestag ablehnen“, heißt es da. Bleibe ein Strategiewechsel aus, werde man sich im Parlament dafür einsetzen, „dass sich die Bundeswehr komplett aus Afghanistan zurückzieht“. Unterzeichnet ist das Schreiben an die „lieben Wählerinnen und Wähler“ von 80 Direktkandidaten der Grünen. Sie betonen, ihre Forderung stehe „in Übereinstimmung mit der Beschlusslage der Partei“. Das darf getrost als Seitenhieb auf die Parteiführung und die Spitzenkandidaten verstanden werden. Diese äußern sich nämlich weit vorsichtiger, wenn es um den Einsatz am Hindukusch geht. Zu vorsichtig für den Geschmack nicht weniger Grüner. „Das bleibt hinter meinen Vorstellungen zurück“, sagt Robert Zion, Direktkandidat aus Gelsenkirchen, und einer der Unterzeichner.

Zwar präsentierte sich der grüne Spitzenkandidat Jürgen Trittin bei der Bundestagsdebatte über den folgenreichen Luftangriff auf zwei von Taliban gekaperte Tanklaster kämpferisch. Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) warf er vor, er handele nach der Devise: „Vertuschen, leugnen und, wenn es gar nicht anders geht, sich für das entschuldigen, was man vorher bestritten hat.“ Trittin wandte sich aber gegen überstürzte Reaktionen. Nötig sei eine „zeitliche Abzugsperspektive“. Ein sofortiger Abzug, warnte er, würde Afghanistan „in einen Bürgerkrieg ganz anderen Ausmaßes stürzen“. Das richtete sich an die Linkspartei, gehört aber wurde es auch von der Linken in Trittins eigener Partei.

Diese verfolgt aufmerksam, ob ihr Frontmann sich an jene Linie hält, die 2007 auf einem turbulenten Parteitag in Göttingen von der Basis gegen die Führung durchgesetzt wurde. Demnach ist für die Grünen „der weitere Einsatz der Bundeswehr nur dann tragbar, wenn rasch ein klar erkennbarer Kurswechsel der Bundesregierung und der Nato eingeleitet wird“ hin zu einer politischen Lösung. Für Zion ist klar: „Der Strategiewechsel hat nicht stattgefunden.“ Der Luftangriff mit zivilen Opfern und die Berichte über bis zu 1,5 Millionen gefälschte Stimmen bei der Präsidentenwahl in Afghanistan verstärkt seine Skepsis. „Das wird ein zweites Vietnam“, warnt er. An den Wahlkampftischen der Grünen kommt diese Haltung an. „Die Menschen wollen eine klare Ansage hören“, sagt

die Abgeordnete Sylvia Kotting-Uhl, ebenfalls Unterzeichnerin der Erklärung.

Am Thema Afghanistan werden die grünen Delegierten auch an diesem Sonntag nicht vorbeikommen, wenn sie sich zu einem kleinen Parteitag in Berlin treffen. Um die letzten Wahlkampftage nicht zu verderben, dürfte ein offener Konflikt aber vermieden werden – zumindest bis zu einem Parteitag Ende Oktober in Rostock. Eine Gruppe um Zion hat einen Antrag vorbereitet, in dem als Zeitpunkt für den Abschluss des Abzugs deutscher Soldaten der 31. Dezember 2010 genannt wird. Für einen neu zu gestaltenden UN-Einsatz sollen zudem nur Truppen aus Ländern eingesetzt werden, „die keine eigenen geostrategischen oder wirtschaftlichen Interessen verfolgen“. Andernfalls soll die grüne Fraktion im Bundestag aufgefordert werden, alle Afghanistan-Mandate abzulehnen.

Deutlich sichtbar wird so wieder der alte Bruch in der grünen Afghanistan-Politik. „Ich finde das viel zu knapp und wenig aussagekräftig“, kritisiert die Abgeordnete Ute Koczy, die erneut auf der nordrhein-westfälischen Landesliste kandidiert, die Erklärung der 80 Direktkandidaten. Zusammen mit 20 grünen Kandidaten aus mehreren Bundesländern hat sie eine Stellungnahme veröffentlicht, welche die Informationspolitik der Bundesregierung als „Desaster“ geißelt, Luftangriffe kritisiert, aber auch übereilte Schlüsse ablehnt. Die Unterzeichner fordern stattdessen eine „ergebnisoffene Debatte über die tatsächliche Lage in Afghanistan“. Benötigt werde eine Abzugsperspektive als „verantwortliche Alternative zu einem Sofortabzug“. Auch Tom Koenigs, grüner Bundestagskandidat in Gießen und von 2006 bis 2007 UN-Sonderbeauftragter in Afghanistan, mahnt: „Wir haben in Afghanistan eine Verantwortung. Wir müssen sehen, dass wir dort nicht verbrannte Erde hinterlassen.“

prager frühling

* MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS

12.09.2009

Für eine soziale, libertäre und ökologische Politik

Eine Replik auf Klaus Lederer

Von Wolfgang Strengmann-Kuhn

Seit einiger Zeit gibt es eine Debatte darüber, in welchem Verhältnis die linken Parteien und Bewegungen zur Freiheit stehen. Hier ist der von dem Grünen Robert Zion initiierte Aufruf „Links-libertär“ zu nennen.[1][1] Zuletzt hat auch Klaus Lederer von der Linkspartei einen Beitrag in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“ dem Verhältnis von der Linken und der Freiheit gewidmet.[2][2] Klaus Lederer argumentiert, aus meiner Sicht völlig zutreffend, dass das Zeitalter des Zwangskollektivismus, der Fixierung auf Klassengegensätze und des Anti-Individualismus vorbei sei und es Zeit ist, die linken Parteien und Bewegungen mit dem Freiheitsbegriff auszusöhnen.

Während aber z.B. Albrecht Scharenberg in der taz zu Protokoll gibt, dass „die Linkspartei viel libertärer (sei), als die Lafontaine-zentrierte Medienberichterstattung gemeinhin nahe legt“[3][3], bleibt die von Lederer aufgeworfene Perspektive erstaunlich allgemein und blass. So fordert Lederer „Aufklärung und Emanzipation, (und) die Hoffnung auf eine vernünftige Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse“, oder gibt als sein Ziel „menschliche Selbstverwirklichung in Gleichheit, Freiheit und Gemeinschaft“ an. Und wenn er dann mal „ganz praktisch“ wird, will er sich mit der „Orientierung für menschliches Handeln in der Gesellschaft und für eine humanere Gesellschaftseinrichtung“ auseinandersetzen oder „für reflektiertes Agieren in den konkreten Dichotomien unserer Gesellschaft“ eintreten. Das ist alles nicht falsch, aber doch so allgemein und richtungslos, dass es auch aus einer Rede des Bundespräsidenten stammen könnte. Es scheint, als ob der Autor sich selbst nicht sicher ist oder zumindest, aus welchen Gründen auch immer, sehr defensiv und vorsichtig vorgeht oder vorgehen muss.

Um einer linken, aufklärerischen, emanzipatorischen und, das sollte nicht vergessen werden, ökologischen Bewegung Auftrieb zu verschaffen und gesellschaftliche Mehrheiten für eine solidarische und gleichzeitig freiheitliche Politik zu erreichen, muss man schon konkreter werden. Es wird Zeit Begriffe wie Selbstbestimmung und eine, die Autonomie der Individuen stärkende, Eigenverantwortung als zentrale Elemente einer linken, emanzipatorischen Politik zu begreifen. Dabei gehört auch der ständige - von der konkreten Situation völlig unabhängige - Ruf nach dem Staat, wie er bei Teilen der Linken immer noch üblich ist, auf den Prüfstand. Die in dem Text von Klaus Lederer fehlende Konkretisierung dieses links-emanzipatorischen Aufbruchs möchte ich im folgenden aus einer grünen Perspektive nachholen und den Versuch unternehmen das Begriffspaar „links-libertär“ oder, wie ich bevorzuge, „sozial-libertär“ zu definieren.

Ein sozial-libertäres Verständnis von Freiheit zielt auf die Ausweitung der Freiheit der gegenwärtig am wenigsten Freien

Für einen sozial-libertären Gerechtigkeitsbegriff ist Freiheit eine zentrale Dimension.[4][4] Der sozial-libertären Perspektive liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die Menschen in unserer Gesellschaft unterschiedliche Entfaltungsmöglichkeiten haben. Der Staat hat dabei die Aufgabe, allen Menschen wirkliche Wahlfreiheit zu ermöglichen. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass Armut unfrei macht, genauso wie die Diskriminierung von Schwulen und Lesben unfrei macht. Fremdenfeindlichkeit macht genauso unfrei wie prekäre Arbeitsverhältnisse. Je größer das Risiko ist, arbeitslos zu werden, desto größer ist auch die Abhängigkeit von dem jeweiligen Arbeitgeber. Auch diese Abhängigkeit bedeutet oft Unfreiheit. Geschlechtliche Rollenstereotype und auf ein bestimmtes Familienmodell getrimmte staatliche Institutionen machen unfrei. Dies betrifft besonders Frauen und sogenannte „untypische“ Familienkonstellationen.

Eine sozial-libertäre Politik hat den Anspruch, dies zu verändern. Sie tritt für die entschiedene Ausweitung der Entfaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der am wenigsten Freien ein. Der sozial-libertäre Ansatz unterscheidet sich grundsätzlich von der wirtschaftsliberalen FDP-Politik. Eine sozial-libertäre Politik führt nicht dazu, dass diejenigen freier werden, die eh schon über die größten Freiheitsspielräume verfügen. Stattdessen ist wirkliche Freiheit für Alle das Ziel. Der Fokus muss deshalb auf diejenigen gelegt werden, die weniger vom Glück und vererbten sozialen und monetären Ressourcen gesegnet wurden.

Soziale Gerechtigkeit aus sozial-libertärer Perspektive bedeutet ein konsequentes Eintreten für Teilhabegerechtigkeit

Eine sozial-libertäre, auf die Ausweitung des Freiheitsspielraums der am wenigsten Freien ausgerichtete Politik entspricht dem Kriterium der Teilhabe- und Befähigungsgerechtigkeit. Der *capability-approach* des Wirtschafts-

Nobelpreisträgers Amartya Sen, auf den das Verständnis von Teilhabegerechtigkeit zurückgeht, betont die Notwendigkeit, die Möglichkeiten und Fähigkeiten gerade derjenigen zu erweitern bzw. zu vergrößern, die zurzeit die wenigsten Wahlmöglichkeiten haben.

Eine Politik der Befähigung bedeutet nach Amartya Sen sowohl eine Schaffung der institutionellen Voraussetzungen, sei es im Bildungsbereich oder in der Arbeitsmarktpolitik, als auch die Bereitstellung der materiellen Voraussetzungen, die für die Erweiterung der Möglichkeiten und Fähigkeiten der schlechtest Gestellten notwendig sind. Für eine sozial-libertäre Politik gibt es keinen Gegensatz zwischen dem Ausbau der Institutionen und der Einführung von universellen und armutsfesten monetären Transferleistungen. Beides zusammen ist für die Ausweitung und Herstellung der Freiheitsspielräume der einzelnen Individuen und vor allem der zurzeit schlechtest Gestellten notwendig. Sozial ist, was Freiheit schafft. Und zwar Freiheit, Teilhabe- und Zukunftschancen für alle!

Freiheit und Gleichheit gehören zusammen

Ein sozial-libertäres Verständnis von sozialer Gerechtigkeit ist libertär und egalitär zugleich. Freiheit und Gleichheit werden zusammengedacht, nicht als Gegensätze gesehen. Es geht um den gleichen Zugang zu den Ressourcen, die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Frauen und Männer, Alte und Junge, Erwerbstätige und Arbeitslose, Eltern und Kinderlose, Homosexuelle und Heterosexuelle, MigrantInnen und Menschen ohne Migrationshintergrund sollen die gleichen Möglichkeiten und Rechte erhalten. Nicht Chancengerechtigkeit, sondern *Chancengleichheit* ist das Ziel. Das Ziel der Chancengleichheit bedeutet alles zu unternehmen, um die Startchancen auf ein erfülltes und auch im Arbeitsleben erfolgreiches Leben für alle anzugleichen. Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit sind dabei keine Gegensätze. Denn Chancengleichheit erfordert eine gerechtere Verteilung von Chancen und Zugängen. Es geht um die Verteilung von materiellen Ressourcen, Einkommen und Vermögen, genauso wie um eine gerechtere Verteilung von Bildung, einen Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheitssystem und zu Wohnraum.

Für eine soziale, libertäre und ökologische Politik und gegen neoliberale Freiheitsversprechen

Im Rampenlicht stehen bei der Diskussion um Freiheit meistens die beiden rechten Parteien der Freiheit: die FDP und, mit allerdings erheblichen Einschränkungen, die Unionsparteien CDU/CSU. Diese Parteien haben einen Freiheitsbegriff, der weder die unterschiedlichen Startchancen, noch die ungleiche Verteilung von Lebenschancen oder die ökologischen Auswirkungen berücksichtigt. FDP und CDU/CSU tendieren dazu, den Freiheitsbegriff auf die Freiheit der Bessergestellten und Besitzenden zu verengen. Ein solches Verständnis von Freiheit ist schlichtweg neoliberal. Manche werden einwenden, dass die CDU/CSU vor allem für Strukturkonservatismus steht und nicht für Freiheit. Dem ist zuzustimmen. Aber wenn Angela Merkel ihre Antrittsrede als Bundeskanzlerin unter das Motto „Mehr Freiheit wagen“ stellt und auch in dem Selbstverständnis der CDU/CSU Freiheit als einer ihrer drei Grundwerte gilt, dann können und müssen wir sie da angreifen und kritisieren.

Ein Verständnis von Freiheit, wie es hier skizziert wurde, unterscheidet sich fundamental von dem Freiheitsverständnis der FDP und der CDU/CSU. Es ist ein linkes, ein emanzipatorisches Verständnis von Freiheit oder anders formuliert ein sozial-libertäres Verständnis von Freiheit. Eine sozial-libertäre Politik schafft die Voraussetzungen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen können. Eine sozial-libertäre Politik betrachtet die Menschen als Individuen und zugleich als Teil der Gemeinschaft. Sie befähigt und schafft Freiheitsspielräume durch eine sozial-gerechte Verteilungs- und Bildungspolitik. Und eine sozial-libertäre Politik stellt den Wert der Freiheit auf eine Ebene mit den Grundwerten der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit.

Ein solches Verständnis von Freiheit, ein solcher sozial-libertärer Ansatz, bildet auch den Kern des grünen Verständnisses von Freiheit. Die undogmatische Linke hat sich eben nicht zu Tode gesiegt, wie Klaus Lederer meint, sondern hat sich erfolgreich, und zwar auch bei Bündnis 90/Die Grünen, immer wieder selbst erfunden. Entsprechend wundert es nicht, dass sich das skizzierte undogmatisch-linke, sozial-libertäre Verständnis von Freiheit bei Bündnis 90/Die Grünen in so unterschiedlichen Politikbereichen wie der Menschenrechtspolitik und der Wettbewerbspolitik, wie der Behindertenpolitik und der Entwicklungspolitik, wie der Verbraucherpolitik und der Arbeitsmarktpolitik, wie der Bildungspolitik und der Wirtschaftspolitik wieder findet.

Es geht darum, diesen Schatz sichtbar zu machen, ihn in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken und auch die Gemeinsamkeiten mit sozial-libertären Ansätzen in anderen Parteien, Bewegungen und Organisationen zu suchen und zu pflegen.

Anmerkungen

[1][5] <http://www.robert-zion.de/downloads/Links-libertaer.pdf>

[2][6] Ausgabe Juli 2009. Siehe: <http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=3125>.

[3][7] taz vom 19.06.2009

[4][8] Siehe dazu ausführlich: Philippe van Parijs, 1995, Real Freedom for All. What if anything can justify capitalism?, Oxford: Clarendon Press.

Zum Autor:

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Jahrgang 1964, MdB Bündnis 90/Die Grünen.

Bis 2008 tätig als Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe, zuletzt Lehrstuhlvertreter der Professur für Labour Economics an der Universität Frankfurt/Main.

Seit 2008 Mitglied des deutschen Bundestages, Sprecher für Außenwirtschaftspolitik, ordentliches Mitglied im Wirtschaftsausschuss, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Unterausschuss "Globalisierung und Außenwirtschaft".

Siehe auch www.strengmann-kuhn.de[9]

Bezug:**Klaus Lederer:****Links und libertär? – Warum die Linke mit individueller Freiheit hadert**

In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 07/2009[10]

Die Linke, als Partei wie als gesellschaftliche Strömung, ist gegenwärtig in keiner guten Verfassung. Dass manche Menschen, die sich in der PDS über Jahre engagiert haben, mit ihrer Partei hadern, hat seinen Grund auch darin, dass die Geringschätzung individueller Selbstverwirklichungs- und Emanzipationsansprüche in der „Linken“ wieder stärker zu vernehmen, ja geradezu salonfähig geworden ist – und dass Zweifel und Widerspruch in der neuen, vereinigten Partei nicht gern gesehen sind.

Wenn Dissidenz und Differenzierung innerparteilich nicht mehr ertragen werden, wenn wieder Argumente zu hören sind wie „Was nützen einem Aids-kranken Schwarzen im Süden das allgemeine Wahlrecht und die Meinungsfreiheit?“, dann werden Schmerzgrenzen überschritten. Schmerzgrenzen, die sich für viele früher bereits in der PDS engagierte Menschen aus der bitteren Erfahrung der „Neuerfindung“ nach 1989/90 und der damit verbundenen Auseinandersetzung um das verbliebene Erbe entwickelt haben. In der neuen „Linken“ scheint die Neu- bzw. Rückbesinnung auf „das Kollektive“, „die Massen“ und ihre Gleichheit zu reüssieren, und manche glauben dabei, man könne den Freiheitsbegriff und die Individualität getrost „den anderen“ überlassen...

(Der Artikel von Klaus Lederer findet sich auch anbei als PDF mit einem Auszug aus den "Blättern für deutsche und internationale Politik", Ausgabe 07/2009.)

Links:

1. http://www.prager-fruehling-magazin.de#_ftn1
2. http://www.prager-fruehling-magazin.de#_ftn2
3. http://www.prager-fruehling-magazin.de#_ftn3
4. http://www.prager-fruehling-magazin.de#_ftn4
5. http://www.prager-fruehling-magazin.de#_ftnref1
6. http://www.prager-fruehling-magazin.de#_ftnref2
7. http://www.prager-fruehling-magazin.de#_ftnref3
8. http://www.prager-fruehling-magazin.de#_ftnref4
9. <http://www.strengmann-kuhn.de/>
10. <http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=3125>

Download-Dokumente:

- [Dr. Klaus Lederer](#)
Links und libertär? Warum die Linke mit individueller Freiheit hadert. Blätter, 07/2009

Die Grünenfraktion bekommt Linksdrall

BUNDESTAGSWAHL Die Grünen setzen auf mehr Mandate im nächsten Bundestag. Viele Neuzugänge werden die Sozialthemen betonen. Spitzenkandidat Jürgen Trittin dürfte Fraktionschef Fritz Kuhn verdrängen

BERLIN taz Da macht einer keinen Hehl aus seinen Berechnungen. "Wenn die Grünen in Niedersachsen über 9 Prozent erzielen", schreibt Sven-Christian Kindler auf seiner Internet-Seite, sei er "ab Herbst Abgeordneter in Berlin". Der Junggrüne hat Listenplatz sechs in Niedersachsen. Er könnte also der eine zusätzliche Abgeordnete sein, den die niedersächsischen Grünen nach Berlin schicken dürfen, wenn die Grünen am kommenden Sonntag ihr Ergebnis von 2005 ein bisschen verbessern.

Im Bund kamen die Grünen damals auf 8,1 Prozent. Die letzten Umfragen vor der Wahl sahen sie bei zehn oder elf Prozent. Grüne Wahlkämpfer sagen: "Zweistellig wäre schon super." Soll heißen: Auch ein einstelliges Ergebnis soll nachher noch als Erfolg gelten.

Kindler, der mit seinen 24 Jahren bereits als Controller bei Bosch arbeitet, ist nicht der einzige Grüne, der an möglichen Wahlergebnissen herumknobelt. Fast jeder Landesverband geht davon aus, mindestens EineN weitereN AbgeordneteN nach Berlin zu schicken - die Nordrhein-Westfalen setzen gar auf 14 statt wie bisher 10 Mandate.

Mit dabei wäre dann auch Hermann Ott, Jurist und Klimaexperte vom Wuppertal Institut. Ott ist Quereinsteiger - eigentlich Wissenschaftler, der zuletzt das Berlinbüro des Wuppertal Instituts aufbaute und sich nun fröhlich zum Karrierewechsel in den besten Jahren bekennt. Er geht davon aus, "das umwelt- und klimapolitische Profil der Grünenfraktion künftig mit gestalten zu können".

Dass hier mit Bärbel Höhn und Hans-Josef Fell schon andere unterwegs sind, die ihre Ämter sicherlich verteidigen werden, hält er für kein Problem. "Eigentlich rechne ich mich keinem Flügel zu", sagt Ott. Das behaupten allerdings die meisten, bevor sie im Bundestag lernen müssen, wie wichtig Flügel bei der Postenvergabe sind.

Insgesamt steht zu vermuten, dass die Fraktion eher nach links rücken wird. Spitzenkandidat Jürgen Trittin, Repräsentant des linken Flügels, wird wahrscheinlich den Realo Fritz Kuhn vom Fraktionsvorsitz verdrängen. Die linken Sozialpolitiker erhalten Verstärkung. Berlin schickt die Ökonomin Lisa Paus statt ins Abgeordnetenhaus lieber in den Reichstag. Aus Baden-Württemberg kommt die Grundeinkommens-Befürworterin Beate Müller-Gemmeke.

Das auch innerhalb der Flügel strittige Thema Grundeinkommen hatten Parteispitze und Fraktion bislang so gerade noch abgebügelt - unterstützt von der Konjunktur. Doch jetzt steigen die Arbeitslosenzahlen wieder. Müller-Gemmeke sagt: "Ich will unbedingt beim Arbeitskreis 1 - Wirtschaft und Soziales - mitarbeiten." Zur Frage, ob sie einen Sprecherposten anstrebt, hält sie sich bedeckt.

Zuallererst werden Fraktion wie Partei jedoch ihren nächsten grünen Afghanistan-Konflikt austragen. Eine Gruppe um den Gelsenkirchener Robert Zion hat für den Parteitag Ende Oktober eine Kampfansage gemacht (vgl. *Kasten*). Niemand wird bei dieser Auseinandersetzung so sehr fehlen wie der Afghanistan-Experte Winfried Nachtwei, der aus dem Bundestag ausscheidet.

Mit Tom Koenigs, Joschka-Fischer-Weggefährte und UN-Beauftragter für Afghanistan von 2006 bis 2007, kommt einer in die Fraktion, der sogar noch mehr Zeit am Hindukusch zugebracht hat als Nachtwei. Ob Koenigs, der noch 2007 die US-Vorgehensweise verteidigte, die gleiche Integrationskraft entfaltet wie Nachtwei, ist fraglich. Vielleicht aber ist Integration bald nicht mehr nötig - und die Grünen wenden sich unter dem Druck der Ereignisse in Afghanistan gemeinsam gegen den Einsatz.

ULRIKE WINKELMANN

Afghanistan-Parteitag II

□ Am 24./25. Oktober werden die Grünen auf einem Parteitag in Rostock die neue Legislaturperiode einläuten. Ein Thema haben friedensbewegte Grüne um den Gelsenkirchener Robert Zion bereits auf die Tagesordnung gesetzt: Afghanistan. Zion veröffentlichte diese Woche einen Antrag, der als "letztmöglichster Zeitpunkt für den Abzug deutscher SoldatInnen" den 31. 12. 2010 nennt. "Das kleine verbliebene

Zeitfenster" solle genutzt werden, eine UN-Truppe mit robustem Mandat, aber ohne Bundeswehr zu entsenden.

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags

Jenseits des Saarlands

Der Bundespartei fällt es schwer, Schwarz-Gelb-Grün zu begrüßen. Vor allem aus der Parteilinken kommt Kritik. VON ULRIKE WINKELMANN

BERLIN taz | Die meisten hatten es zwar geahnt. Doch hat die Entscheidung der Saar-Grünen unter Landeschef Hubert Ulrich, in schwarz-gelb-grüne "Jamaika"-Koalitionsverhandlungen zu marschieren, bei vielen Grünen im Rest der Republik nicht nur rationale Reaktionen ausgelöst. "Um ehrlich zu sein", sagte eine Führungskraft vom linken Flügel am Montag zur taz, "finde ich die Entscheidung richtig schieße. Und Hubert Ulrich hat einen Lattenschuss."

In Internet-Foren wurde offen über Parteiaustritte nachgedacht, wenn die Grünen nun noch einen einzigen Schritt nach rechts gingen. Robert Zion, linksgrüner und publikationsfreudiger Gelsenkirchener, erklärte: Inhaltlich sei das, was Ulrich CDU und FDP abgetrotzt habe, nicht schlecht. Die Entscheidung sei "aber politisch-strategisch einfach unklug". Die Wähler verstünden, "was es heißt, wenn eine Oppositionspartei die Wahlverlierer - die CDU hat 13 Prozent verloren - wieder an die Regierung hievt, und dies entgegen den eigenen Wahlversprechen", erläuterte Zion.

"Wer nicht grün wählt, wird sich schwarz-gelb ärgern", hatte Hubert Ulrich noch zwei Tage vor der Wahl im Saarland gesagt.

Selbst dem neuen Bundestags-Fraktionschef Jürgen Trittin war am Sonntagabend im Fernsehen sein schwarz-gelb-grüner Ärger darüber anzumerken, dass er nun erklären musste, wie und warum Jamaika im Saarland nichts mit der Oppositionsarbeit gegen Schwarz-Gelb im Bund zu tun habe. Die Grünen im Saarland "haben fürs Saarland entschieden und nur fürs Saarland", wiederholte Trittin das Leitmotiv der offiziellen, flügelübergreifenden Stellungnahmen. Die Entscheidung sei "offensichtlich aus Gründen, die gar nicht inhaltlich waren", gefallen.

"Natürlich sind die Diskussionen in meinem Landesverband jetzt heftig, da gab es andere Erwartungen", seufzte die nordrhein-westfälische Landeschefin Daniela Schneckenburger gegenüber der taz. Im Mai 2010 wird in NRW gewählt. Das größte Bundesland befindet sich faktisch im Dauerwahlkampf - und die Grünen dort hoffen, in einem halben Jahr das Gegenmodell zu Schwarz-Gelb installieren zu können. Das Saarland sei gewiss "kein Modell für NRW", sagte Schneckenburger. "Es ist kleiner als Köln und funktioniert nach eigenen Regeln."

Am Realo-Flügel der Partei kann man mit der ersten Jamaika-Koalition der Republik naturgemäß besser leben. Das winzige Saarland mit seiner knappen Million Einwohner und all seinen besonderen Umständen, von denen die Unverträglichkeit zwischen Hubert Ulrich und Oskar Lafontaine bloß einer ist, scheint keine Bedrohung für die Wahlergebnisse anderer Landesverbände darzustellen.

Gleichzeitig sprengt das saarländische Exempel jedoch gerade deshalb die Bedingungen, die auch im rechtsgrünen Lager für Bündnisse mit der Union oder gar Union plus FDP formuliert worden sind. Zum Beispiel, dass es nur um Inhalte gehen dürfe - dass also ein Bündnis nach rechts mehr grüne Inhalte liefern müsse als ein Bündnis nach links.

Parteichef Cem Özdemir musste sich am Montag schon ein wenig bemühen, um zu erklären, dass dies irgendwie auch aufs Saarland zutreffe. Für die angestrebte grüne Schulreform bedürfe es einer Verfassungsänderung. Die Chancen auf eine Zweidrittelmehrheit im Landtag seien mit Jamaika gewachsen, da SPD und Linkspartei sich einer so fortschrittlichen Reform ja nicht verschließen könnten. "Und die Diskussionskultur im Landtag wird sich hoffentlich nun auch ändern", nannte Özdemir einen weiteren frommen Wunsch.

Auch er hielt sich an die gemeinsame Sprachregelung, wonach die Grünen einen SPD-Ministerpräsidenten Heiko Maas lieber gesehen hätten, das Saarland gänzlich ohne Signalwirkung und keinesfalls ein Modell für irgendetwas, geschweige denn für den Bund sei. "Es ist ein regionales Experiment, und Experimente können auch schiefgehen", sagte Özdemir. Offen zustimmen mochte er dem Experiment also nicht.

Doch hatte er gerade ausgeführt, dass die gleichen Inhalte mit Schwarz-Gelb leichter durchzusetzen seien als gegen Schwarz-Gelb. Özdemirs Satz "mir ist das lieber, wo man am meisten grüne Inhalte bekommt", ließ sich also gut verstehen: So quer die Entscheidung der Saargrünen nun im politischen Raum steht - die Realos finden die Jamaika-Idee ausbaufähig. Mindestens das.

<http://www.taz.de/nc/1/politik/deutschland/artikel/1/jenseits-des-saarlands>

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags

Bahn frei für Schwarz-Grün

Selbst der linke Flügel der Grünen beginnt, sich mit der Möglichkeit von Schwarz-Grün zu arrangieren. Die Wahlen in NRW könnten den Weg festlegen. VON ULRIKE WINKELMANN

MÜNSTER/GELSENKIRCHEN *taz* | In Münster hat das Semester begonnen, und die ganze Innenstadt ist voller radelnder Studierender, deren Fahrverhalten selbst hartgesottene Berlinerinnen zur Seite hupfen lässt.

Erstsemestler laufen in Gruppen umher, tragen T-Shirts, auf denen sie sich als "Erstis" bezeichnen lassen, und skandieren Sätze, die man vielleicht lieber gar nicht verstehen will - "Ohne Schnitten seh'n wir aus wie zwölf". Maria Klein-Schmeink weicht mit geschmeidigem Hüftschwung einem weiteren Fahrradfahrer aus und steuert das "Cuba Nova" an, einer ganzseitig bemalten Restaurantkneipe in einem Haus voller Kultur- und Politik- und sonstiger Initiativen.

"Dass es dieses Haus geben kann, dafür habe ich mit gekämpft", sagt sie. "Ich habe mit dem Herzen für rotgrüne Projekte gefochten. Die rotgrüne Zeit hier war für mich prägend." Als Münster 1994 bis 1999 rotgrün regiert wurde, haben Klein-Schmeink und ihre Grünen die Stadt zur "Fahrradhauptstadt Deutschlands" gemacht. "Das konnten die Schwarzen gar nicht mehr ändern, als sie dann drankamen." Ihr Grünen-Arbeitskreis Sozialpolitik habe im Schummerlicht des Cuba Nova lange Abende getagt.

Klein-Schmeink hat 15 Jahre lang der grünen Ratsfraktion vorgesessen. In diesen Tagen verlässt sie das schöne, satte, akademische, katholische Münster gegen Berlin - sie hat ein Bundestagsmandat erobert und wird als eine der 26 "Neuen" die Bundestagsfraktion der Grünen anreichern. Klein-Schmeink ist eine derjenigen, die zur Vermutung Anlass geben, dass die neue Fraktion im Bundestag linker sein wird als die alte - und damit die Linksverschiebung personell abbildet, die die Partei seit vier Jahren, Parteitag für Parteitag, vollführt.

Klein-Schmeink hat an diesem Linksruck mitgearbeitet. Jetzt möchte sie Gesundheits- oder Rentenpolitik machen. Als Mitarbeiterin der Grünen-Landtagsfraktion in Düsseldorf las sie ab 2002 all die Briefe der Menschen, die dank der Gesundheitsreform die Medikamente für ihre Kinder nicht mehr bekamen. Sie sagt: "Gerhard Schröder war ein Kanzler, den ich nicht ertragen konnte."

Ob Angela Merkel noch eine Kanzlerin wird, die solche linken Grünen ertragen können? Wenn am Wochenende die Grünen zu ihrem Parteitag in Rostock zusammenkommen, wollen sie sich Anschub geben für eine weitere Legislaturperiode in der Opposition - diesmal eben gegen Schwarz-Gelb. Dieser Gegner ist einerseits leichter anzugreifen als die Große Koalition.

Andererseits haben jetzt die Saar-Grünen beschlossen, in eine schwarz-gelb-grüne Jamaika-Koalition zu marschieren. Dadurch so etwas wird der zünftige Angriff auf Schwarz-Gelb nicht unbedingt überzeugender. Fraktionschefin Renate Künast tut einfach, als warte sie mitsamt dem Realoflügel der

Grünen nicht schon seit vier Jahren darauf, dass es irgendwo endlich eine "Jamaika"-Gelegenheit gibt. Sie kündigt für Rostock Kampfansagen gegen Schwarz-Gelb an. "Für den Bund haben wir Jamaika aus politischen Gründen ausgeschlossen. Das wird so bleiben", lässt sie sich zitieren.

Tatsächlich ist das Saarland klein und fern, und es liegt auf der Hand, dass die politische Debatte sich ab sofort wieder polarisieren wird: Dort Schwarz-Gelb. Hier Rot, Rot und Grün. Und doch könnte es sein, dass am Ende, 2013, kein rot-rot-grünes Bündnis gegen Merkel und Westerwelle antritt. Sondern dass stattdessen die Grünen die FDP in der Rolle des kleinen Koalitionspartners ablösen wollen - und werden. Die "knallgrüne Opposition" (Parteichefin Claudia Roth) könnte plötzlich in eine kleingrüne Fortsetzung der Regierung Merkel umschlagen.

Oder auch gar nicht so plötzlich. Im Mai 2010 wird in Nordrhein-Westfalen gewählt. Jede Koalition im Bund wird wahrscheinlicher, wenn das größte Bundesland vorweg geht. Das gilt auch für Schwarz-Grün. Sollten die FDP-Wähler bis zum Mai von Guido Westerwelle ihre Steuersenkungen nicht bekommen, könnten sie sich in NRW beleidigt abwenden - und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers bei den Grünen vorstellig werden. Diese hoffen, im Mai ihr sparsames 2005er Ergebnis von 6,2 Prozent auf 10 Prozent verbessern zu können. Und alle NRW-Grünen sagen, dass Rot-Rot-Grün angesichts der konfusen Haltung der Linkspartei an Rhein und Ruhr wenig wahrscheinlich aussehe.

Maria Klein-Schmeink hat gern mit der Münsteraner SPD zusammen gearbeitet. Jüngst bei den Kommunalwahlen haben die Grünen keine eigene Bürgermeisterkandidatin aufgestellt, sondern den SPD-Kandidaten unterstützt. Doch im Job im Düsseldorfer Landtag hat sie eine "behäbige, unengagierte, von kurzfristigen Motiven geleitete SPD erlebt", sagt sie. "Das hat sich erst in der Opposition wieder verändern." Die mächtige Ruhrgebiets-SPD sei anders als die in Münster. "Ich kann über Grüne im Ruhrgebiet nicht den Stab brechen, die dort Schwarz-Grün machen."

Schwarz-Grün in NRW - sie zögert. "Zuerst einmal gibt es mit der SPD und auch mit der Linken mehr Gemeinsamkeiten. Wenn man aber Minister Karl-Josef Laumann in der Sozialpolitik sieht: Ja". Schul- und Energiepolitik seien freilich etwas anderes. Entscheidend sei, dass die Grünen ihrem Programm treu blieben. Jamaika, nein: "Da könnte man den ganzen Kreisverband Münster abschreiben."

Schwarz-Grün im Bund - wenn Rot-Rot-Grün aus roten und roten Gründen nicht ginge? Am Ende, meint sie, wäre Merkel wohl kaum schlimmer als Schröder. Auf jeden Fall aber könne man auch aus der Opposition heraus viel bewirken, schiebt sie hinterher.

Weniger als eine Stunde im Regionalzug entfernt steht Robert Zion im Gelsenkirchener Nieselregen und erklärt erst einmal, dass er gar nicht aus Gelsenkirchen kommt, sondern aus Kassel. Er sei nur hergezogen, weil seine Freundin eine Stelle als Lehrerin bekommen habe. Zion trägt eine retroschicke Lederjacke und ist freischaffender Publizist, Mitglied des "Cognitariats" nennt er sich, des gebildeten Prekariats. Der Fußgängerzone in Gelsenkirchen ist anzusehen, dass in dieser bettelarmen Stadt das Prekariat in seiner bildungsfernen Originalversion klar die Mehrheit hält. Kein Ort für Grüne, eigentlich.

Vielleicht aber für Grüne wie Zion: Der Vorsitzende des Grünen-Kreisverbands Gelsenkirchen schreibt Pamphlete, politische Analysen, und bisweilen auch Parteitageanträge, die der Parteiführung die Wut den Hals hoch treiben. Der Parteitagebeschluss zu Afghanistan 2007, in dem die komplette Parteiführung als unentschlossen und uneins vorgeführt wurde, ging auf Zions Konto.

Zion ist niemand, der sich durch den Kampf für irgendein "Cuba Nova" oder den Verlauf von Fahrradwegen von der politischen Theorie ablenken lässt. Während eine Klein-Schmeink stolz vom jüngsten Bürgerentscheid in Münster gegen die Musikhalle berichtet, mündet ein Gespräch mit Zion alle paar Sätze in Fragen des Postfordismus, des Keynesianismus, der Religion im Spätkapitalismus.

Keinesfalls sei die rotgrüne Zeit ausreichend aufgearbeitet, selbst wenn es den grünen Linken gelang, das Programm nach links zu ziehen. "Dafür braucht es neues Personal an der Spitze." Die Grünen müssten jetzt in der zweiten Oppositionsrunde endlich formulieren lernen, wie eine systemische Umstellung jenseits des veralteten Wachstumsbegriffs gelingen könne, dem SPD wie Linkspartei verpflichtet blieben. Das Grundeinkommen sei hierzu ein Weg, die neuen Wertkonservativ-Linken in der Fraktion wie die Schwäbin Beate Müller-Gemmeke schüfen da Perspektiven.

Wobei Hoffnung nicht gerade Zions maßgebliche Regung zu sein scheint. Schwarz-Grün in NRW, und dann am Ende im Bund? "Boh", macht er und zuppelt an der zehnten oder zwölften selbstgedrehten Zigarette. "Vielleicht." Dann müssten sich eben auch die linken Grünen fragen lassen, warum es nicht gelungen ist, ein Projekt für eine vereinte, rot-rot-grüne Linke zu entwerfen, das das Lager rechtzeitig zusammengeschweißt und mit einer gesellschaftlich überzeugenden Vision versehen hätte. "Das kann gut sein, dass es jetzt dafür zu spät ist."

Bestes Wahlergebnis aller Zeiten und doch kleinste Partei im Bundestag. Angetreten gegen die Schwarzen und Gelben - und doch selbst am linken Flügel ohne Hoffnung für Rot-Rot-Grün. Vier

Jahre lang nach links geschoben und gezerrt - und doch mit Kurs auf ein Bündnis nach rechts. Es sieht aus, als gewannen die Grünen in dieser Legislaturperiode noch einen Pokal für politische Ironie.

<http://www.taz.de/nc/1/politik/deutschland/artikel/1/bahn-frei-fuer-schwarz-gruen>

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags

“Wir sind kein Koalitionsanhängsel”

21. Oktober 2009

Süddeutsche Zeitung 14. Oktober 2009, Seite 6

Die Jamaika-Verhandlungen im Saarland haben bei den Grünen Debatten über die Ausrichtung im Bund ausgelöst

Von Daniel Brössler

Berlin – Nach der Entscheidung der Grünen für Koalitionsverhandlungen mit CDU und FDP im Saarland steht die Partei vor einem Streit über die künftige Richtung auf Bundesebene. Eine Gruppe junger Grüner plant für den Ende Oktober stattfindenden Parteitag einen Vorstoß, der die Partei für verschiedene Koalitionen auch auf Bundesebene öffnen soll. “Um uns neue Optionen zu eröffnen, muss auch das klassische Rechts-Links-Denken innerhalb unserer Partei überwunden werden”, heißt es in dem Antrag. Dieser wurde von jungen grünen Politikern initiiert, die sich dem Flügel der Realos zugehörig fühlen. Zu den Autoren zählt der bayerische Landesvorsitzende Dieter Janecek und die baden-württembergische Grüne Andrea Lindlohr.

Als falsch bezeichnen es die Autoren, dass die Grünen vor der Bundestagswahl eine Jamaika-Koalition mit CDU/CSU und FDP kategorisch ausgeschlossen haben. “Wir haben diesen Wahlkampf erneut als Lagerwahlkampf gegen Schwarz-Gelb geführt. Dabei haben wir uns strategisch selbst geschwächt”, heißt es in dem Papier. Es habe der Mut gefehlt “zu einer selbstbewussten grünen Eigenständigkeit im Fünfparteisystem”. In der grünen Partei schwelt ein Konflikt über die künftige Ausrichtung, der durch die Entscheidung für die Jamaika-Koalition im Saarland noch verschärft wurde. So übte die Parteilinke heftige Kritik an der Entscheidung. Der nicht zum linken Flügel zählende grüne Vordenker Daniel Cohn-Bendit bezeichnete den Landeschef im Saarland, Hubert Ulrich, als Mafioso. Die Parteiführung stellte klar, die Entscheidung im Saarland sei ein “regionales Experiment. Es gebe keinen Anlass zu “schrillen Reaktionen”, mahnte der Bundestagsabgeordnete Alexander Bonde, einer der Mitunterzeichner des Antrags Janeceks. “Das war ein breit angelegter und vollständig transparenter Entscheidungsfindungsprozess”, sagte Bonde zur Entscheidung der Grünen im Saarland.

In der Parteilinken wird die saarländische Koalition hingegen als Belastung für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010 gesehen. “Man muss Modelle vorlegen, die den grünen Wähler überzeugen”, erklärte der nordrhein-westfälische Grünen-Politiker Robert Zion. Mit Entscheidungen wie der im Saarland riskierten die Grünen “nicht mehr ernst genommen zu werden”.

Partei- und Fraktionsführung haben erkennen lassen, dass sie Festlegungen für die Bundestagswahl 2013 für deutlich verfrüht halten. Die Fraktionsvorsitzende Renate Künast hat ihre Partei allerdings davor gewarnt, in der Opposition in einen Wettbewerb einzutreten, “wer linker ist” und zu Koalitionsoptionen gesagt: “Wir können nicht die eine oder andere Seite ausschließen.” Nach der Entscheidung im Saarland sagte sie jedoch, von dem Parteitag werde ein klares Signal gegen Jamaika im Bund ausgehen.

Bei den Realos wächst allerdings der Wunsch, sich noch deutlicher für neue Koalitionsoptionen zu öffnen. “Wir sind eine Inhalte- und Ideenpartei. Wir sind keine Koalitionsanhängsel”, heißt es in dem Antrag für den Parteitag in Rostock. “Wir sind nicht Schwarz-Grün oder Rot-Grün sondern Grün-Grün.” In der Partei wird mit Gegenanträgen vom linken Flügel gerechnet.

Grüne Jamaika-Gegner machen mobil

Die mögliche Jamaika-Koalition und die beruflichen Kontakte von Parteichef Hubert Ulrich zu FDP-Politiker Hartmut Ostermann sorgen für Wirbel innerhalb der grünen Bundespartei. Nun fordern Mitglieder in einem Brief, den Landesparteitag auszusetzen.

(03.11.2009) In einem offenen Brief an den Bundesvorstand fordern mehr als 100 Mitglieder, den Landesparteitag der Saar-Grünen auszusetzen. Die Unklarheiten bei der Nominierung der Parteitagsdelegierten müssten zunächst ausgeräumt werden. Zudem sei die hohe Zahl der Mitglieder im Stadtverband Saarlouis zu hinterfragen.

Zion sieht Grundüberzeugungen gefährdet

Robert Zion von den Grünen Gelsenkirchen sagte dem SR, die beruflichen Beziehungen Ulrichs zu Ostermann hätten das Fass zum Überlaufen gebracht. Zudem habe Ulrich auf dem Bundesparteitag in Rostock erklärt, die Vereinbarungen für eine Jamaikakoalition seien nahezu deckungsgleich mit denen für eine rot-rot-grüne Koalition. Dies aber entspreche nicht den Tatsachen. Insbesondere bei der Arbeitsmarktpolitik habe Ulrich Grundüberzeugungen der Grünen aufgegeben. Zu den Unterzeichnern des Briefes zählen zahlreiche Grüne Kreisvorsitzende sowie der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Strengmann-Kuhn. Sie gelten alle als Vertreter des linken Flügels.

Berufskontakte Ulrichs stoßen auf Kritik

Hintergrund des offenen Briefes an den Grünen-Bundesvorstand sind u. a. die beruflichen Beziehungen von Hubert Ulrich zum FDP-Mann Hartmut Ostermann. Der Grünen-Landesvorsitzende hatte eingeräumt, als Marketingleiter für die Firma „Think & Solve“ gearbeitet zu haben. Ostermann, dem das Unternehmen zu rund einem Viertel gehört, hatte für die Liberalen am „Jamaika-Verhandlungstisch“ gesessen. Kritiker befürchten eine Beeinflussung Ulrichs zugunsten der Koalition mit CDU und FDP.

Jamaika-Kritiker fühlen sich gemobbt

Bekennende Jamaika-Kritiker innerhalb der Saar-Grünen fühlen sich schon seit längerem unter Druck gesetzt. Einige Befürworter von Rot-Rot-Grün hatten sich bereits im Vorfeld des Parteitages der Grünen am 11. Oktober über Anrufe von Landeschef Ulrich beklagt, der für ein Jamaika-Bündnis geworben haben soll.

Zuletzt hatte es innerhalb der Umwelt-Partei Wirbel um den Kreisvorsitzenden Stefan Müller gegeben. Der ausgewiesene Jamaika-Gegner war kurzerhand als Delegierter für den entscheidenden Parteitag am 8. November abgewählt worden. Vor allem die kurzfristige Ansetzung einer entsprechenden Mitgliederversammlung hatte viele Grüne irritiert. Schlussendlich folgten nur sieben Mitglieder der Einladung von Vize-Landeschef Klaus Borger, der die Funktion des Delegierten selbst übernehmen will. Müller verlor die Abstimmung mit 4:3 am Ende denkbar knapp. (*red*)

URL dieser Seite

<http://www.sr-online.de/nachrichten/740/983483.html>
